

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.
Fernsprecher Nr. 210.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.
des „Illust. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten, sowie bei allen
Reichspostanstalten.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Nr. 47.

Samstag, den 27. Februar

1910.

Holzversteigerung.

Staatsforstrevier Wildenthal.

Dienstag, den 15. März 1910, vorm. 1/11 Uhr,

Drechsler-Gasthof in Wildenthal

25000 Alche 7-52 cm stark, 3-4,5 m lang, 250 rm Schichtföhre (Fichte).

Abt. 27, 43, 45, 58, 70 u. 82 (Rahlschlüge), Abt. 28-86 (Einzelbölder).

Rgl. Forstrevierverwaltung Wildenthal. Rgl. Forstrentamt Eibenstock.

Die Rrn. 61, 83 und 123 des I. Nachtrags zur Schauffstättenverbotsliste
sind zu streichen.

Stadttrat Eibenstock, den 26. Februar 1910.
Hesse.

M. II.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Graf Aehrenthal hatte am Donnerstag wiederum eine Konferenz mit dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg. Die Abreise erfolgte am Abend.

— Graf Aehrenthal in München. Graf Aehrenthal ist Freitag früh in München eingetroffen. Der Minister des Äußeren Frhr. von Podewils statete vormittags dem Grafen Aehrenthal einen Besuch ab, den dieser erwiderte. Später wurde Graf Aehrenthal von dem Prinzen und der Prinzessin Ludwig, hierauf von dem Prinzen und der Prinzessin Rupprecht empfangen. Mittags empfing der Prinzregent den Grafen in feierlicher Audienz und überreichte ihm, der den höchsten bayerischen Orden bereits besitzt, eine goldene Plakette mit seinem Bildnis. Nachher fand beim Freiherrn von Podewils und Gemahlin Frühstückstafel statt, an der die Gesandten der deutschen Bundesstaaten, Oesterreich-Ungarns und Italiens mit ihren Gemahlinnen, die obersten Hofchargen und die Herren der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft teilnahmen.

— Der Bundesrat hat der Vorlage, betreffend Regelung der Handelsbeziehungen zwischen dem deutschen Reiche und Kanada, die Zustimmung erteilt.

— Der hessische Finanzminister Gnauth hat infolge der Differenzen mit dem vereinigten Finanzausschuß der 1. und 2. hessischen Ständekammer dem Großherzog am Freitag seine Entlassung eingereicht.

— Die amerikanische Ausstellung in Berlin. Präsident Taft erklärte den Mitgliedern des Ausschusses für die amerikanische Ausstellung in Berlin, er hoffe von der Ausstellung, daß sie zur Förderung der engen, sowohl politischen wie kommerziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika beitragen werde. — In Deutschland hat man allerdings eine wesentlich nüchternere Auffassung von der Ausstellung, die nur eine bessere Reklame für die amerikanische Industrie ist.

— Die nächsten Reichstagswahlen. Es wird von maßgebendster Seite versichert, daß die Regierung absolut nicht der Frage nähergetreten ist, wann die nächsten Reichstagswahlen stattfinden sollen. Ganz unrichtig ist daher auch die Behauptung, daß bereits im Frühjahr 1911 Neuwahlen stattfinden sollten. Die Regierung hat absolut keine Veranlassung, früher als im Spätherbst 1911 die Wähler zur Urne rufen zu lassen. Es ist übrigens bereits jetzt im Stillen die sozialdemokratische Organisation für die Reichstagswahlen vollendet worden. Alle Reichstagsabgeordneten, auch Bebel, werden wieder kandidieren. Doppeltandidaturen sollen unter keinen Umständen geduldet werden. Von neuen Männern, die als Kandidaten ins Auge gefaßt sind, nennt man mehrere bekannte Berliner Rechtsanwälte und Ärzte. Soweit man sozialdemokratischen Stimmen glauben kann, rechnet die Partei sicher damit, daß sie jetzt 4 Millionen Stimmen erhalten wird. Angesichts der Reichstagswahlen sollen, soweit es möglich ist, alle großen Lohnbewegungen, die zu Streiks führen, jetzt unterdrückt werden, man braucht kein „Pulver“. Auf dem internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen im Herbst d. J. wollen die deutschen Genossen auch von internationalen Lohnbewegungen und Ausständen, wie sie in Schweden vorgekommen, abstrahieren; die ganze Kraft soll auf die Reichstagswahlen konzentriert werden. In Anbetracht dieser stillen Arbeit empfiehlt es sich für die bürgerlichen Parteien, baldigst die Vorbereitungen für den heißen Kampf zu treffen. Die Nachwahlen haben ja evident bewiesen, wie die sozialdemokratische Organisation funktioniert.

— Zur Verfassungsreform des Reichslandes. Im Landesauschuß für Elsaß-Lothringen brachte der Alterspräsident Ditsch einen von sämtlichen Abgeordneten ohne Parteunterschied unterzeichneten

Verfassungsantrag ein, der folgendermaßen lautet: „Der Landesauschuß wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß die verbündeten Regierungen dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den bestimmt wird, daß die Reichsverfassung sowie das Reichsgesetz betreffend die Verfassung und die Verwaltung von Elsaß-Lothringen dahin abgeändert werden, daß Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaate erhoben, und als solcher den deutschen Bundesstaaten völlig gleichgestellt wird“. Darauf erklärte Staatssekretär Freyherr Jörn von Bulach, die Regierung sei ernstlich bestrebt, den Ausbau der Verfassung im Sinne einer größeren Selbständigkeit des Landes zu fördern. Verhandlungen auf diesem Gebiet schweben seit langem bei den zuständigen Stellen in Berlin. Erneute Anregungen lassen hoffen, daß die Angelegenheit baldigst das Stadium der Erwägungen verlassen und der Entscheidung zugeführt wird.

Rußland.

— Petersburg, 25. Februar. Der König und die Königin von Norwegen werden im Laufe des Frühjahrs in Petersburg zum Besuch des russischen Hofes eintreffen. Die offizielle Anfrage des norwegischen Hofes, ob auf einen Empfang von seitens der Zarin in Anbetracht ihres leidenden Zustandes gerechnet werden kann, wurde von hier in bejahendem Sinne beantwortet.

Frankreich.

— Greuel auf Guadeloupe. Die Lage in der französischen Kolonie Guadeloupe scheint nach den in Paris eingetroffenen Nachrichten eine sehr ernste zu sein, denn die Spitzen der Bevölkerung in der Hauptstadt Point-a-Pitre hatten sich in der städtischen Bank zu einer Versammlung eingefunden, in deren Verlauf sie die Bitte an den Gouverneur richteten, er möge sich unverzüglich an die französische Regierung wenden, damit diese schleunigst militärische Verstärkungen nach Guadeloupe wirft. Von Toulon ist denn auch bereits der Kreuzer „Victor Hugo“ nach Guadeloupe abgegangen. Desgleichen wurden 120 Marineinfanteristen dorthin beordert. Im ganzen befinden sich etwa 20 000 landwirtschaftliche Arbeiter, die auf den Zuckerplantagen beschäftigt werden, in dem Auslande. Die Unruhen begannen am 23. Februar mit dem Ueberfalle und der Zerstörung verschiedener Zuckerplantagen und Fabriken. Zu dem ersten Zusammenstoße kam es bei St. Francois, wo 140 Gendarmen den Ausständigen entgegentraten, es entspann sich ein heftiger Kampf, 2 Gendarmen wurden verwundet, 3 Ausständige getötet. Gegenwärtig befinden sich ungefähr 2000 Ausständige im Anmarsche auf St. Francois, um den Tod ihrer Genossen zu rächen; die Einwohner der Stadt sind in großer Aufregung. Die Streifenden begehen fürchterliche Grausamkeiten an ihren Opfern, so haben sie den Direktor einer Zuckerfabrik derart gefoltert, daß er wahnsinnig wurde.

England.

— Das englische Marinebudget. Wie verlautet, werden die diesjährigen Forderungen für die Flotte 40 Millionen Pfund betragen, die vorjährigen stellten sich auf 37 650 000 Pfund. Das würde eine Zunahme von 15 Millionen in den letzten zehn Jahren bedeuten. Das Programm enthält 4 neue Linienfahrzeuge, 9 Kreuzer der Dreadnoughtklasse, sogenannte Schlachtschiffkreuzer, und 20 Zerstörer für die Heimflotte allein.

Belgien.

— Ein bulgarisch-türkischer Krieg? „Nation“ berichtet aus Sofia: Aus Philippopol wird eine lebhafteste Agitation unter den Offizieren der 2. Division gemeldet. Anlässlich der Abfahrt einiger Kompanien des 9. Regiments nach der Grenze kam es zu kriegerischen Kundgebungen seitens einer Gruppe von Offizieren. Der Korrespondent des genannten Blattes fügt hinzu, daß in ganz Zentralbulgarien der lebhafteste Wunsch

besteht, einen Krieg gegen die Türkei zu führen. Man erwartet ebenfalls Volkskundgebungen.

Türkei.

— Der Tod des Sultans Abdul Asis im Jahre 1876. Aus Konstantinopel, 25. Febr., wird gemeldet: Das Geheimnis, das den jähen Tod des Sultans Abdul Asis umgab, war bis heute ungelöst, die Frage: Ob er gleich nach seiner Entthronung durch Mord oder Selbstmord gendete, blieb ungeklärt. Sultan Abdul Hamid hatte behaupten lassen, daß ein Mord vorlag, und daraufhin wurde dem Abdul Hamid unbequemem Midhat Pascha als Urheber des Sultanmordes der Prozeß gemacht. Nun fand man in Hildis nicht bloß 2 Scheren, mit denen des Sultans Tod herbeigeführt wurde, sondern auch Dokumente, die beweisen, daß Abdul Asis sich mit diesen Scheren selbst die Pulsadern aufschnitt, daß Abdul Hamid dies wußte, aber Befehl gab, das Gerücht von einer Ermordung durch Midhat und Genossen zu verbreiten. Die Scheren und Dokumente wurden dem Justizministerium übermittelt und werden bei der durch Midhat's Sohn Ali Haidar veranlaßten Revision des Midhat'schen Prozeßes als wichtige Beweise für die Haltlosigkeit der Beschuldigungen figurieren, auf die hin vor 3 Jahrzehnten der „Vater der osmanischen Verfassung“ in das Exil und den Tod getrieben wurde.

Amerika.

— Die Unruhen in Philadelphia. Die Staatsgendarmerie stellt allmählich die Ruhe in Philadelphia wieder her und säubert die Straßen vom Mob. Der Betrieb wird langsam wieder aufgenommen.

China.

— Der Dalai-Lama seines Amtes enthoben. Aus Peking, 25. Febr., wird telegraphiert: Durch ein kaiserliches Dekret ist der Dalai-Lama unter Aberkennung der geistlichen Vorrechte wegen der Flucht aus Lhasa seines Amtes enthoben worden. Die Wahlen für den Nachfolger sind anberaumt.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 26. Februar. Die für Freitag abend angekündigt gewesene Protektoversammlung im Hotel „Stadt Leipzig“ wies einen nur sehr schwachen Besuch auf, was in Anbetracht der für jeden Privatbeamten äußerlich wichtigen Versicherungsfrage bedauerenswert erscheint. Trotzdem kamen einige Artikel zur Verlesung, auch zwei Resolutionen, in denen um größtmögliche Beschleunigung der Versicherungsgesetzgebung ersucht wird, gelangten zur Annahme. In der anschließenden Debatte wurde mitgeteilt, daß Anfang März nach der großen Dresdener Protektoversammlung nochmals hier eine solche stattfinden wird.

— Schönheide, 25. Februar. Im Jahre 1895 hat sich hier ein Komitee gebildet, das sich die Errichtung eines Bismarck-Denkmal als in Schönheide zum Ziele gesetzt hat. Die bisherige Tätigkeit dieses Komitees beschränkte sich darauf, für den genannten Zweck einen Fonds anzusammeln und hat dieser bis Ende des Jahres 1909 die Höhe von Mk. 3306,00 erreicht. Von den Fragen, wann, wo, wie soll die Ausführung des Denkmals stattfinden, war bisher nur die erste festgelegt und zwar ist dazu das Jahr 1915 (Bismarck's hundertster Geburtstag) ausersehen. Nunmehr hat auch die zweite Frage, wo das Denkmal zur Aufstellung kommen soll, ihre Erledigung gefunden. Mit Einmütigkeit hat man sich für den nördlich vom Bahnhof Schönheide gelegenen Fuchstein entschieden, der in Zukunft die offizielle Bezeichnung „Bismarckhain“ führen soll. Von Haus aus hatte man den Hauptwert darauf gelegt, in Verbindung mit der Denkmals-Errichtung eine hübsche Anlage zu schaffen, die dem Ort zur Zierde gereicht und wir haben die feste Zuversicht, daß mit unserem Projekt ein hervorragend schöner Zierplatz für Schönheide entstehen wird. Das Komitee hat sich mit der Erledigung der Platzfrage zum ersten Male positiv betätigt und zwar insofern, als es die hiesige Gemeindevertretung zum Ankauf des Fuchsteines veranlaßt und zu dessen Ermöglichung einen Beitrag von 1000 M. geleistet hat. Die Herstellung der Anlage, die das Komitee auf seine Kosten übernimmt, soll im Laufe der nächsten Jahre erfolgen. Es stehen uns also noch große Aufgaben bevor und indem wir den hiesigen und auswärtigen Gönnern unserer Gemeinde und